

2.10.4

Die Militärausgaben umverteilen –
eine Agenda für die Frauen



die
friedenspolitischen
Initiativen

Eidgenössische Volksinitiative -«Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungsinitiative).

Die Volksinitiative lautet: Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 23 (neu)

Der Text der Umverteilungsinitiative «Sparen beim Militär»

- 1 Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.
- 2 Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.
- 3 Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).
- 4 Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Impressum

Herausgegeben von den friedenspolitischen Initiativen, Postfach 246,
3000 Bern 13. Tel. 031 311 70 87. Fax 031 311 77 94. e-Mail: arw.fripo@schweiz.org
Redaktion und Layout: Toni Bernet, Peter Hug, Manuela Reimann. Druck: S&Z Brig.
Auflage: 18 000. November 1998

Wir senden Ihnen auch gerne die Zeitschrift *Friedenspolitik* (vierteljährlich, Abonnement Fr. 20.–) und weitere Informationen zur Umverteilungsinitiative zu.



*Barbara Haering, Nationalrätin SP,
Präsidentin des Initiativausschusses*

Einleitung

Wir Frauen wissen es nur all zu gut: Wenn wir uns nicht mit dem verfassungsmässigen Gleichstellungsartikel begnügen, sondern im realen Alltag zu gleichen Rechten und zu gleichem Einfluss kommen wollen, dann müssen in dieser Gesellschaft Macht, Arbeit und Geld umverteilt werden. Finanzielle Ressourcen, Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Einflussnahme sind aufs Engste miteinander verknüpft. Deshalb engagieren wir uns in allen drei Bereichen gleichzeitig: Wir setzen uns ein für Frauenquoten, wir wollen eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und der Nichterwerbsarbeit und wir fordern die Umverteilung ineffizienter Militärmilliarden.

Die im Frühling 1997 eingereichte Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)» stellt die Weichen neu. Wir brauchen eine Umverteilung des Militärbudgets, weil die zentralen Risiken für unser Land nicht mehr in den militärischen Bedrohungen der Vergangenheit, sondern heute und in Zukunft in den weltweiten sozialen Spannungen und der fehlenden Nachhaltigkeit in Umwelt- und Wirtschaftspolitik liegen. Ohne Friedenspolitik und soziale Gerechtigkeit gibt es keine Sicherheit. Die Umverteilungsinitiative fordert deshalb innerhalb von 10 Jahren den schrittweisen Abbau der Militärausgaben um 50 Prozent – ausgehend vom letzten Jahr des «kalten Krieges» 1987. Selbst nach den diversen Sparrunden der letzten Jahre bedeutet dies immer noch: Jährlich je

600 Millionen zusätzlich für Friedenspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, für die soziale Sicherheit und für die Entlastung der Bundeskasse; sowie eine einmalige Einlage von 1 Milliarde in einen Konversionsfonds zur Schaffung ziviler Arbeitsplätze.

Mit anderen Worten: Wir wollen, dass unsere Steuergelder effektiv und effizient investiert werden. Nämlich dort, wo sich die realen Probleme unseres Landes stellen. Wir wollen zudem, dass dabei Frauen und Männer gleichermaßen zum Zuge kommen. Die Umverteilungsinitiative leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Sie bringt zusätzliche Ressourcen in Bereiche, welche Frauen besonders betreffen.

Die Umverteilungsinitiative stellt somit einen umfassenden Anspruch: An die Friedens- und Sicherheitspolitik, aber ebenso an die Finanzpolitik, die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik. Und: Sie führt zu einer schrittweisen Entmilitarisierung unserer Gesellschaft. Für mich ist sie damit ein wichtiges Stück Frauenpolitik!

Die Militärausgaben umverteilen



1,8 Milliarden Franken setzt die Annahme der Umverteilungsinitiative für zivile Aufgaben jährlich wiederkehrend frei. Zudem schafft der Konversionsfonds zivile Arbeitsplätze.



*Maren Haartje, Mitarbeiterin der
Schweizerischen Friedensstiftung. Institut
für Konfliktlösung*

Frauen an der Konfliktbearbeitung beteiligen

Auch in der zivilen Konfliktbearbeitung wollen Frauen nicht mehr länger nur reagieren, sondern auch agieren und partizipieren. Die Abwesenheit von Frauen in Entscheidungspositionen hat zu einer Verzerrung von Sicherheits- und Friedenskonzepten und zu einer Einengung möglicher Friedenslösungen geführt. Die Beteiligung von Frauen ist dabei nicht bloss als eine zahlenmässige Erweiterung zu verstehen – sie sollen auch nicht einfach die von Männern getroffenen Entscheidungen politisch mittragen und nach aussen hin legitimieren –, sondern es geht um die qualitative Erweiterung der Entscheidungsgremien.

In der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 ist diese Forderung unmissverständlich festgeschrieben worden: «Der gleichberechtigte Zugang zu und die uneingeschränkte Teilnahme von Frauen an den Machtstrukturen und ihre volle Mitwirkung an allen Bemühungen um die Konfliktverhütung und -beilegung sind für die Wahrung und Förderung des Friedens und der Sicherheit unverzichtbar.»

In der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), dem wichtigsten Instrument der internationalen Friedenspolitik in Europa mit der wesentlichen Aufgabe der Konfliktprävention, hat ein Prozess begonnen, diese Aufgaben wahrzunehmen und umzusetzen: Mit dem von der Schweizer OSZE-Sektion initiierten Seminar über «The promotion of the societal and political participation of women» 1997 wurden verschiedene Massnahmen angepackt, um die Gender-Thematik in die konkrete Arbeit von OSZE-

Missionen und -Politik einzubringen. Zwei Stellen sind geschaffen worden, die Geschlechterfragen in der Arbeit der OSZE zum Thema haben. Dieser Prozess steht aber noch am Anfang, denn noch sitzen in den OSZE-Ämtern selber erst ein Viertel Frauen.

Frauen-Rundtisch verlangt aktive Teilhabe der Frauen

Um eine Vernetzung von Frauen auf schweizerischer Ebene in politischen Institutionen und Gremien, Verwaltungsstellen, NGOs und Bildungsbereichen zu fördern, hat die Schweizerische Friedensstiftung einen Frauen-Rundtisch initiiert. Diese regelmässigen Treffen sollen ein Ort werden, wo Lobbyarbeit von Frauen verbessert wird und die Umsetzung konkreter Forderungen besprochen werden. Beim ersten Gespräch im Herbst 1998 haben Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Frauenorganisationen Empfehlungen ausgearbeitet:

- die OSZE soll die Frauenförderung intensivieren: eine Beauftragte für Gender-Fragen in allen Beobachtungs-Missionen, weitere Frauenseminare zum Thema konstruktive Konfliktbearbeitung von und mit Frauen sowie die Durchführung von Projekten vor Ort.
- Der Bundesrat und insbesondere die Departemente für auswärtige Angelegenheiten EDA und Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS sind aufgefordert, finanzielle Unterstützung für nationale und internationale Netzwerke von Frauen in der Konfliktbearbeitung bereitzustellen, und die Schaffung frauengerechter Strukturen und die Erhöhung des Frauenanteils in Friedensmissionen zu fördern.
- Die Frauen in den Institutionen und NGOs sind aufgerufen, eine Sensibilisierungskampagne zum Thema «Die Partizipation von Frauen in der Konfliktbearbeitung» in Politik, Frauenfriedensforschung, Verwaltung und Öffentlichkeit zu starten.

Die bevorstehende OSZE-Mission im Kosovo wird mit 2000 Personen die bislang grösste Mission werden und die Schweiz wird sich mit 50 bis 100 Personen daran beteiligen. Für den Abbau von Gewalt vor Ort und den Aufbau einer gewaltfreien zivilen Gesellschaft können die Fähigkeiten und Erfahrungen von Frauen konstruktiv eingebracht werden. Aus diesem Grund sollen möglichst viele Frauen als Beobachterinnen und in den humanitären Aktivitäten an der Mission teilnehmen.



«Miguel» Marguerite Misteli ist Entwicklungsplanerin in Südafrika. Von 1991–95 war sie Nationalrätin der Grünen.

Frauenermächtigung und Friedensförderung

Frauen tragen wegen ihrer untergeordneten gesellschaftlichen Stellung und als Hauptverantwortliche für Kinder und andere Familienangehörige den Grossteil der Last und des Schmerzes von Kriegen und Konflikten. Sie haben aus der Not heraus ein grosses Interesse an Frieden – einem Frieden, der über die Beendigung des Waffenganges hinausgeht. Dies gilt insbesondere für die Frauen des Südens, wo soziale, politische und wirtschaftliche Ungleichheit, kriegerische Konflikte, Armut und Militarismus die Frauen in ihrer Entwicklung hemmen und massiver Gewalt aussetzen.

Wir sollten die Frauen in diesen Ländern unterstützen, indem wir uns dafür einsetzen, dass sich unsere Militärausgaben zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit reduzieren und diese an elementare Voraussetzungen knüpfen: Unterstützung von Regierungen mit minimalen Militärbudgets, Gleichstellung der Frau in der Verfassung.

Kriege beenden, umfassender Frieden sichern

Ein grosser Teil der afrikanischen Länder war in den letzten zehn Jahren in einen Krieg verwickelt. Es sind Kriege zwischen Männern über Macht und Besitztümer. Präsident Mugabe mutet dem verarmten Zimbabwe mit dem Krieg in der «Region der Grossen Seen» täglich 1 Million US\$ Militärausgaben zu. Derweil demonstrieren Stadtverwaltungsangestellte gegen drei Monate Lohnausfall.

Für den Krieg mit Eritrea hat Äthiopien von einem Tag auf den anderen 25% seines Budgets für den Krieg umdisponiert. Dieses Geld fehlt für die hauptsächlich von den Frauen vorangetriebene Um-

wandlung der Gesellschaft und ihre Besserstellung. Doch die äthiopische Parlamentspräsidentin versicherte, dass sie alles daran setzen werde, nicht hinter die von den Frauen errungenen Positionen zurückzuweichen.

Auch nach den kriegerischen Konflikten herrscht für die Frauen noch kein Frieden. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich wird täglich grösser. Fehlende Perspektiven vergrössern das Gewaltpotential (insbesondere von jungen Männern) im täglichen Leben. Die Frustration und Aggression entlädt sich an Kindern und Frauen. Zum Beispiel Südafrika: «Gangraping» gehört inzwischen zum Alltag, die meisten jungen Frauen leben in der ständigen Furcht, vergewaltigt zu werden, unabhängig von Rasse und sozialer Schicht. Die Gratwanderung der neuen Regierung zwischen Wohlfahrtsbudget und neoliberaler Wirtschaftspolitik schafft nicht die nötigen Arbeitsstellen für die vielen Erwerbslosen. Frauen sichern das Überleben mit Hilfe von Basisorganisationen. Die Vernetzung mit den Frauen in den Institutionen ist im Gange. Doch müssen Frauen auf allen Entscheidungsebenen repräsentativ vertreten sein, um das Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft durchzusetzen.

Das Paradox des Konzeptes «Ermächtigung»

Ermächtigung ist in der Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Strategie, um Benachteiligten im Süden ein besseres Leben und grössere Einflussnahme zu verschaffen. Das Paradoxe daran: die Industriestaaten wollen diejenigen ermächtigen, deren Unterordnung Voraussetzung unserer heutigen politischen und wirtschaftlichen Vormacht ist.

Noch paradoxer wird es, wenn es Frauen zu ermächtigen gilt. Die vorwiegend männlich geprägte Entwicklungszusammenarbeit versteht unter Ermächtigung der Frauen bis heute vor allem ein gewaltiges, unausgeschöpftes Potential für zusätzliche Produktionsbereiche oder Dienstleistungen im Kommunalbereich, welche der verarmte Dritt-weltstaat nicht bezahlen kann. Die von den Männern zugestandene Ermächtigung bedeutet für die Frauen also vorerst Mehrarbeit. Ermächtigen sich Frauen wirklich und fordern Selbstbestimmung und Mitsprache, reagieren viele Männer mit Gewalt. Soll Frauenermächtigung mehr als ein neues Schlagwort sein, müssen Männer lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Nachhaltige Friedensförderung wird schlussendlich nur von Frauen *und* Männern garantiert.



Ursula Hafner, Nationalrätin SP, Schaffhausen

Wir wollen soziale Sicherheit

In der Politik ist viel vom Sparen die Rede. In den letzten Jahren ist sogar eine eigentliche Sparhysterie ausgebrochen. Die Sozialversicherungen sind deshalb unter Beschuss geraten: Sie verschlingen zu viel Geld, wird gesagt, sie frässen einen zu grossen Teil unseres Bruttoinlandprodukts weg. Sie werden dargestellt, als ob sie uns bedrohen würden. Dabei sind sie es, die uns eine gewisse Sicherheit geben: Bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit, bei Unfall oder Invalidität, oder auch im Alter. Hier zu sparen geht viel empfindlicher an die Sicherung unserer Existenz, als bei der Armee zu sparen.

Deshalb soll ein Teil des Geldes, das wir heute fürs Militär ausgeben, den Sozialwerken zugute kommen: Bekanntlich brauchen wir hier zusätzliche Mittel, vor allem weil die Rezession die Einnahmen reduzierte und die Ausgaben (zum Beispiel bei der Arbeitslosenversicherung) erhöhte. Gleichzeitig hat der Bund noch ständig seine Beiträge gekürzt: Unsere Initiative kann jährlich über 600 Millionen Franken von der Armee zur sozialen Sicherung umlagern. Das sind die richtigen Prioritäten bei der Verwendung des vorhandenen Geldes!

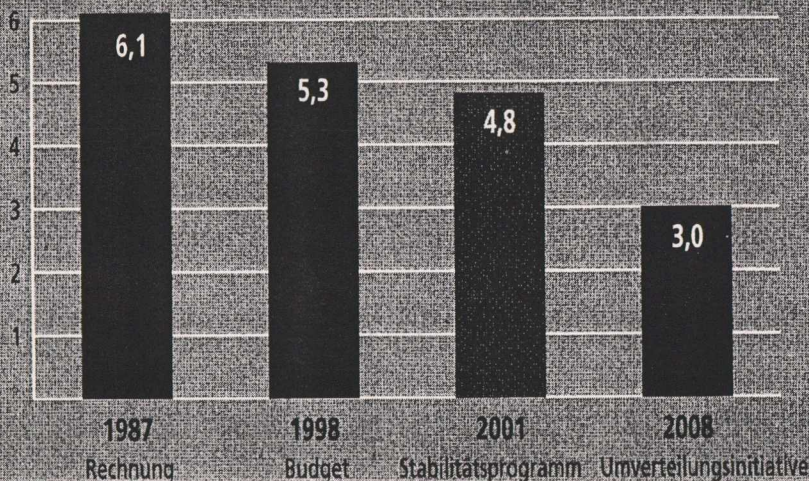
Heute läuft es genau umgekehrt: Es werden Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung von Militärausgaben verwendet. Wir bezahlen nämlich mit Lohnprozenten den Erwerbssersatz für die Wehrmänner. Mit unseren EO-Beiträgen sorgen wir dafür, dass die Männer (und die wenigen Frauen), die Militärdienst oder Zivildienst leisten, während ihrer Dienstzeit einen Lohnersatz bekommen. Wir haben so viel dafür bezahlt, dass jedes Jahr Überschüsse in den EO-Fonds flossen.

Frauen, die ein Kind geboren haben und nach der Geburt nicht so-

fort wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können und dürfen, sollen endlich auch Anspruch auf einen Erwerbssersatz haben. Das eidgenössische Parlament hat letzten Sommer denn auch beschlossen, die EO auch zur Finanzierung der Mutterschaftsversicherung zu verwenden. Es ist richtig, dafür die EO-Kasse zu beanspruchen. Die Frauen haben schon seit Jahr und Tag ihre Beiträge in diese Kasse eingezahlt, ohne selber davon zu profitieren. Sobald die Mutterschaftsversicherung alle Hürden genommen hat, werden sowohl die SoldatInnen als auch die Mütter ihren Erwerbssersatz bekommen. Für einige Jahre geht das auch ohne zusätzliche Beiträge. Je kleiner die Armee, umso länger reicht das Geld. Sollte der Fonds trotzdem eines Tages auf das gesetzliche Minimum zurückgehen und nicht mehr für alles reichen, dann soll der Bund aufhören, die EO-Kasse zur Bezahlung von Militärausgaben zu benützen. Er soll dazu das Geld verwenden, das er dank unserer Initiative im Militärbereich spart. So wird die Mutterschaftsversicherung, auf die wir seit 53 Jahren warten, zum ersten Schritt in die richtige Richtung. So profitieren die Frauen als erste von der Halbierung der Militärausgaben. Die Sparschere soll alte Zöpfe abschneiden. Sie soll nicht Leistungen zurückstutzen, die für viele Menschen lebensnotwendig sind, und sie soll auch nicht bei der längst notwendigen Mutterschaftsversicherung angesetzt werden.

Entwicklung der Militärausgaben

Ausgaben des Bundes für die Landesverteidigung, in Mia. Franken





Jacqueline Fehr,

Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz, VPOD

Den Blick für Neues frei machen

Wer Militärausgaben kürzt und Massenheere verkleinert, zerstört auch Arbeitsplätze. In der Schweiz ging als Folge des Konzepts «Armee 95», rückläufiger Kriegsmaterialexporte und vermehrter Auslandsbeschaffungen die Anzahl militärabhängiger Arbeitsplätze zwischen 1990 und 1998 von über 40 000 auf rund 26 000 massiv zurück. Die von Bundesrat Ogi angekündigte Militärreform «200X» dürfte weitere 5 bis 6 000 Stellen kosten, die Umverteilungsinitiative nochmals 2 bis 3 000 mehr. Ist die Friedensbewegung und sind insbesondere die Frauen, die weltweit den Abrüstungsprozess voranbringen und überall hartnäckig für eine Kürzung der Militärausgaben kämpfen, für den Abbau Tausender von Arbeitsplätzen verantwortlich?

Nein! Verantwortliche sind jene, die während des Kalten Krieges eine völlig überdimensionierte Schweizer Armee aufbauten und sich nun weigern, sie wieder geordnet zu verkleinern. Als 1992 der Historiker Peter Hug und der Ökonom Ruedi Meier in einer Studie darstellten, wieviele Arbeitsplätze die Armee 95 kosten wird, bezweifelte das damalige EMD die Zahlen. Heute wissen wir, dass der Abbau noch viel massiver ausgefallen ist, als die Studie voraussagte. Nur, das EMD hat sich damit begnügt, diese Entwicklung zu beklagen, die konkreten Vorschläge zur Rüstungskonversion, die u.a. die Gewerkschaften SMUV und VPOD vorlegten, wurden nie ernsthaft diskutiert.

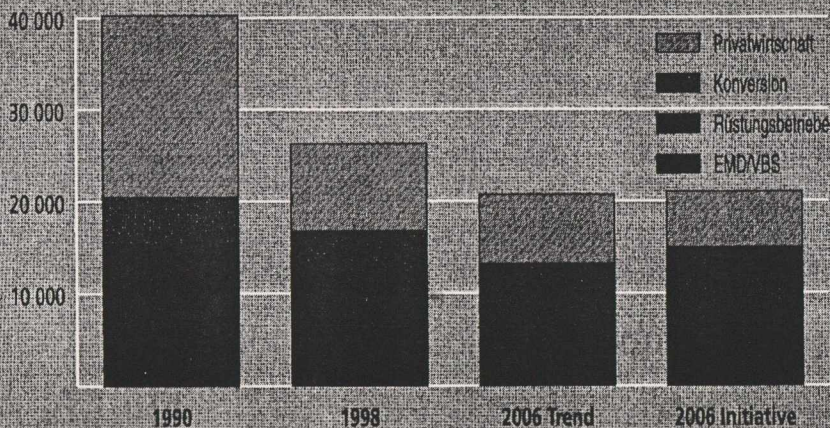
Rüstungskonversion, d.h. die Umwandlung von militärischen in zivile Arbeitsplätze, ist keine noble Tat, sondern eine Pflicht. Neben dem VBS (ehem. EMD) sind vorab die Volkswirtschaftsdepartemente und kantonalen Wirtschaftsförderungen aufgerufen, diesen schwierigen Umbauprozess einzuleiten.

Dabei bietet Konversion besonders auch für die Frauen vielfältige Chancen. Militärabhängige Arbeitsplätze sind überwiegend Männerarbeitsplätze. Beachtet die Konversionspolitik den Geschlechteraspekt, so ergeben sich daraus interessante Möglichkeiten für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen. Gezielte Umschulungen und Weiterbildungen können im Verbund mit neuen Formen der Unternehmenspolitik und -kultur betroffene Regionen stabilisieren. Die Umwelt- und Energietechnologien sowie Kommunikations- und Informationstechnik bergen ein bedeutendes, viel zu wenig genutztes Potential.

Der Umbauprozess kommt jedoch nicht zustande, wenn wie bisher alles dem «Markt» überlassen bleibt. Der Staat muss bereit sein, in die betroffenen Menschen und Regionen und in das Gleichstellungsziel zu investieren. Die Umverteilungsinitiative sieht deshalb die Errichtung eines mit einer Milliarde Franken dotierten Konversionsfonds vor, z.B. zur Unterstützung von Unternehmensgründungen, Überbrückungskredite für betroffene Zulieferbetriebe, Beratung bei der Entwicklung neuer Produkte. Die Munitions-, Waffen-, Luftwaffen- und Elektronikbetriebe des Bundes werden gegenwärtig – eingebettet in eine Holdingstruktur – in Eidgenössische Aktiengesellschaften überführt. Der neue unternehmerische Handlungsspielraum muss genutzt werden, um vermehrt Zivilaufträge hereinzuholen und so Beschäftigung – speziell auch für Frauen – zu sichern.

Die Umstellung muss jetzt beginnen

Militärabhängige Beschäftigung in der Schweiz, 1990, 1998, 2006





Ursula Wyss, Ökonomin lic.rer.pol., Doktorandin an der Freien Universität Berlin im Bereich Arbeitsökonomie (bis vor kurzem wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS), Grossrätin SPIJUSO (BE), Mutter eines einjährigen Sohnes

Mit dem Sparen die Männerprivilegien streichen

Bürgerliche Finanzpolitik zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie Haushaltsdefizite partout nicht durch Mehreinnahmen bewältigen will, sondern stets bei den Ausgaben den Rotstift ansetzt. Von diesem Geist ist auch der Verfassungsartikel «Haushaltsziel 2001» geprägt, den die Linke aus sozialpolitischen und konjunkturellen Gründen ablehnte. Dennoch setzte sich auch die SP mit an den «runden Tisch» und stimmte Sparmassnahmen zu. – Wenn gespart werden muss, dann aber bitte nicht wieder dort, wo bereits die sozial Schwächsten getroffen werden!

Wo der kleinste Widerstand ist, wird gespart

In der Theorie der Finanzpolitik ist man sich einig, dass mit Vorliebe dort gespart wird, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist. Das sind generell die Bereiche, welche kaum organisiert sind und schlecht wirtschaftliche Interessen binden können. Gerade im Renten- und Sozialhilfebereich, bei der Arbeitslosenversicherung oder der Prämienverbilligung der Krankenversicherungen wurden nicht Luxusausgaben gestrichen, sondern Menschen ihrer bescheidenen Existenzgrundlagen beraubt. Überdurchschnittlich oft sind Frauen von diesen Sparmassnahmen betroffen. Die Finanzpolitik ist ein Spiegel der ungleichen Geschlechterverhältnisse. Deutlich zeigt sich die finanzpolitische Vernachlässigung von frauenorientierten Leistungen in all den Bereichen, wo es darum gehen würde, öffentliche Dienste anzubieten, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erlauben. Zum Beispiel die familienexterne Kinderbetreuung: Für

genau 2.1% der Kinder bis 14 Jahren stehen in der Deutschschweiz Plätze in Krippen, Horten, Tagesschulen oder bei Tageseltern zur Verfügung (BASS: An den Frauen sparen? Bern, 1996).

Haushalt- und Erziehungsarbeit werden weder gesellschaftlich noch finanziell anerkannt (mit Ausnahme des Einbezugs als Rentengutschrift). Obschon die Frauen in der Schweiz über die Hälfte (55%) des Arbeitsvolumens (Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit zusammengezählt) leisten, verdienen sie keinen Drittel (26%) der gesamten Erwerbseinkommen (BASS: Was haben die Frauen seit 1981 zu wenig an Lohn erhalten. Bern, 1994). Nach einer BIGA-Schätzung würde der Wert von unbezahlter Haushaltsarbeit 34% des Brutto- sozialprodukts der Schweiz ausmachen. Im privaten Sektor klafft zudem eine Lücke von einem Viertel bis einem Drittel weniger Lohn für Frauen als für gleichqualifizierte Männer (Strahm: Arbeit und Sozialstaat. Zürich, 1997).

Sparen beim Militär stärkt die Gleichstellung

Die Militärausgaben eignen sich aus linker und feministischer Sicht geradezu vortrefflich zum Sparen. Auch die bürgerlichen Kampfschreie, es sei schon dramatisch bei den Militärausgaben gespart worden, verblassen beim Vergleich der Zahlen: Seit dem Aufrüstungs-Spitzenjahr 1990 sind die Militärausgaben um 19 Prozent gesunken, seit 1987 bloss um 12.5 Prozent. Bedenkt man die allgemeine Entspannung in Europa, dann ist die Schweiz 1998 überrüster denn je. – Die meist männlichen Sparpolitiker haben sich ihre Privilegien wohl zu wahren gewusst!

Mit der Umverteilungsinitiative bietet sich nun die Möglichkeit, neben der Umlagerung für Frieden und Soziales über 600 Millionen einzusparen. Aus Frauensicht ein Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter. Denn Militärausgaben sind Männerausgaben. Während die Frauen bis heute auf eine noch so bescheidene Mutterschaftsversicherung warten konnten, bedienten sich die Männer mit der Militärversicherung der ersten Sozialversicherung überhaupt. Solange Militärkarrieren dazu beitragen, dass die Kluft zwischen gesellschaftlich nützlicher Arbeit und deren Abgeltung weiter auseinanderdriften, solange ist jeder beim Militär gesparte Franken am richtigen Ort gespart.



Sibylle Mathis (links) ist Ethnologin, Dorothee Wilhelm (rechts) ist feministische Theologin, beide sind Mitarbeiterinnen der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit

Männersache Armee?

Neun von zehn Gewalttaten gegen Frauen finden im privaten Raum statt, neun von zehn gegen Männer im öffentlichen Raum. Feministische Friedenspolitik richten ihr Augenmerk auf *alle* Formen von Gewalt, also auch auf die umfassend praktizierte Alltagsgewalt gegen Frauen in der Schweiz.¹ Der alltägliche Gewaltpegel ist Gradmesser für den friedenspolitischen Handlungsbedarf einer Gesellschaft; deshalb muss Männergewalt in der Friedenspolitik thematisiert werden. Ein Begriff von Sicherheit, der nur den öffentlichen Raum, gar die Abwehr machtpolitischer Bedrohungen von aussen, im Blick hat, blendet all jene Bedrohungs- und Gewaltsituationen aus, von denen ausschliesslich Frauen und Mädchen betroffen sind. Solch ein Sicherheitsbegriff halbiert die Ansprüche und Bedürfnisse der Bevölkerung auf jene der männlichen Hälfte.

Zum Konzept «Mann» gehören Grandiosität, Leistung, Härte – und nicht zuletzt Gewalt. Im Militär werden diese Männlichkeitsideale verstärkt. Die Produktion von soldatischen Verhaltensweisen basiert durchgängig auf einem Prinzip: Auf der Selbstentfremdung und Fremdkontrolle von Männern. Sie wird von Männern als äusserst mächtige Struktur erlebt, die prägend anwesend bleibt bis zum 42. Lebensjahr, also mindestens bis zur Lebensmitte. Sie setzt Normen zur Konfliktbewältigung, die undemokratisch und hierarchisch sind und auf Macht und Kontrolle basieren und fungiert so als Erziehungsanstalt zur gewalttätigen Männlichkeit.

Die Armee bietet Frauen keine Sicherheit vor Männergewalt, im

Gegenteil: Sie verstärkt deren Ursachen, senkt die Schwelle zur Gewaltbereitschaft und fördert Gewaltverhältnisse, die unseren Zielen nach Frieden und Gerechtigkeit eindeutig entgegenlaufen. Die Halbierung der Armee bedeutet leider nicht die Halbierung der Männergewalt. Die Umverteilungsinitiative will die Kosten der Landesverteidigung senken, aber die militärischen Leistungsfähigkeit aufrechterhalten. Wir jedoch plädieren für den Totalabbau der militärischen Leistungsfähigkeit. Als Hilfswerk und Friedensorganisation mit feministischer Ausrichtung sind wir der Ansicht, dass die Armee ein Sicherheitsrisiko ist und bleibt, auch wenn sie halbiert oder reformiert wird. Es kann jedoch nicht schaden, dieser Institution Ressourcen zu entziehen. Wir unterstützen daher die Umverteilungsinitiative als ersten Schritt in die richtige Richtung. Sie stellt Ressourcen frei, um den dringendsten Probleme weltweit und im Inland zu begegnen.

Unser Part wird es sein, gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen sicherzustellen, dass die eingesparten Milliarden entsprechend den Initiativanliegen verwendet werden und nicht durch das Parlament für das Loch in der Bundeskasse oder andere Projekte wie die NEAT oder den Strassenausbau missbraucht werden. Militärausgaben umverteilen für eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, heisst in die Sozialpolitik investieren, eine nachhaltige Entwicklung und gerechte Nord/Südbeziehungen fördern, heisst die internationale zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung stärken, heisst neue Arbeitsplätze schaffen, heisst sich einsetzen für Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und vieles mehr.

1 Die Kampagne «Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft», initiiert von der Konferenz der Schweizer Gleichstellungsbüros, dokumentierte kürzlich, dass jede fünfte Frau in der Schweiz sexuelle oder andere physische Gewalt von ihrem Partner erleidet.